

Ersteinstufig
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreise
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 1,80 Pf.
schonener, frei ins Haus.
Durch die Post bezogen
1,65 Mk. exkl. Postgeb.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsbeilage)
durch die Post nicht zu be-
ziehen, kostet monatlich 30 Pf.
vierteljährlich 80 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraph-Nr. 1047.
Postkassett Halle/Saale.

Volksblatt

Insertionsgebühren
besteht für die 6 Spalten
pro Zeile oder deren Raum
50 Pfennig.
Für monatliche Anzeigen
35 Pfennig.
Im verhältnismäßigen Maße
höher bei 75 Pfennig.

Insertate
für die 6 Spalten
müssen spätestens bis 10 Uhr
des Tages bei den
Expeditoren anliegen
sein.

Angaben zu den
Postbedingungen.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Klassenkampf.

Wahlrechtskampf! Bauarbeiterkampf!

Das politische und wirtschaftliche Getriebe des Klassenstaates beginnt unter gewaltigen Kämpfen zu erzittern. Klassenkampf!

Die Gegensätze haben sich seit Jahren verschärft, die Luft hat sich verdreht. Gleichviel, wo die Entwicklung einen Schritt vorwärts zu machen versucht — sie stößt sofort auf die ganze vereinigte Macht der Reaktion.

Die Arbeiterklasse fordert Reform des Klassenwahlrechts, die Macht der besitzenden und bevorrechteten Klassen schlägt mit Säbel und Kerker die Bewegung nieder — fall es gelingt.

Die Arbeiterklasse heischt Gleichberechtigung bei Bestimmung der wirtschaftlichen Arbeitsbedingungen — im Ru steht das ganze Unternehmertum gestützt da und droht mit Vernichtung von Hunderttausenden von Existenzen.

Die Brutalität des Klassenkampfes zwischen Besitz und Arbeit steigert sich bis zum Gipfel, türmt sich bis zum Viegeln oder Brechen, bis zur Entscheidung über Sieg oder Vernichtung zusammen.

In den Wahlrechtskampf tobt nun der Kampf im Baugewerbe herein, der unermüdlich gemordet ist und wohl das größte Ringen werden wird, dessen sich die deutsche Arbeiterklasse unterziehen mußte. Die zu erwartende Ausschüttung der Baubestellungen durch das ganze Reich ist keine einzelne Sache der Arbeiter des Bauberufes, sondern eine Sache der gesamten Arbeiterklasse.

Es handelt sich tiefsten Grundes um einen reinen Machtkampf, und zwar darum, ob die Unternehmer allein und selbstherrlich die wichtigsten Arbeitsbedingungen festsetzen können, oder ob die Arbeiter ein Wort dabei mit sprechen dürfen. Die einzelnen Punkte (Tarifvertrag, Arbeitsnachweis, Akkordarbeit, Beschränkung der Arbeitsfreiheit während der Pausen, Stoff- und Durchschnittslöhne usw.) entpringen alle entweder der tatsächlichen Beschränkung der Koalitionsfreiheit und ihrer Ausübung, oder der empfindlichsten Verschlechterung der bereits erkämpften wirtschaftlichen Errungenschaften. Gelänge dieser Schlag der Unternehmer gegen eine halbe Million Arbeiter, so wäre das das unübersteigliche Signal für die Kapitalisten der andern Industriezweige, die vollendete Knebelung auszuheben.

Die Grubenproben haben ja bekanntlich ebenfalls den brutalen Schlag gegen die Koalitionsfreiheit der Bergarbeiter gemagt, haben den Bergflaven den Unternehmerarbeitsnachweis diktiert, der jeden Arbeiter auf Lebenszeit mahrgelockt und zurückweisen kann, der den Unternehmern „verdiänkt“ ist. Die Bergarbeiter konnten bisher mit einem Streik nicht antworten, da sie den Kapitalisten in den letzten Jahren so viel Kohle und Millionen Mittel erspart haben, daß der Streik dadurch vorerst aussichtslos würde. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben! Bei Strafe der Selbstvernichtung sind die Bergarbeiter gezwungen, einmal den Kampf gegen die Fessel aufzunehmen. Er wird kommen!

Die Arbeiterklasse macht jetzt in Monaten eine Schulung durch, wie sie früher Jahrzehnte nicht herbeiführen konnten. Alle Kämpfe haben letzten Endes eine gemeinsame Wurzel: die Unterdrückung der Arbeiterklasse. Es kommt jetzt den Massen zum Bewußtsein, daß Wahlrechtskampf, Koalitionsrechtskampf, politisches und gewerkschaftliches Ringen immer nur zwei Seiten einer Sache, zwei Formen eines Kampfes sind, des großen Klassenkampfes zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Be-

sitzlosen, zwischen Bevorrechteten und Rechtslosen, zwischen Unterdrückten und Unterdrückten. Politische Unfreiheit ist nichts weiter als der Ausdruck wirtschaftlicher Unfreiheit, und umgekehrt. Deshalb einen diese großen Kämpfe die Arbeiterklasse zu unlässlicher Solidarität und hämmern ihr die Klassenkenntnis bis zur geläuterten Klarheit.

Und je größer und brutaler die Kämpfe werden, desto eher kommt die Stunde der Befreiung, der Tag des Sieges der Arbeiterklasse. Wohl scheint das Kapital allmächtig, wohl glauben die Unternehmer an die Fortdauer der Knechtschaft der Arbeitsschlaaven — aber die soziale Entwicklung erzeugt in den unübersehbar zahlreichen Massen Kräfte, die bereinst die Fesseln sprengen müssen, weil ihre Selbstbefreiung die Befreiung des gesamten Volkes, der gesamten Kultur von den Diktatoren der Produktionsmittel bedeutet.

Die Arbeiterklasse geht operfbereit, und mit Mut und Siegesüberwitz in den Kampf!

Geschlossene Reihen!

Aus den Kongressen heraus wird uns geschrieben: Die Bauarbeiter haben den Forderungsausuf aufgenommen, den ihnen die Unternehmer hingeworfen haben. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Verbandstage der Bauarbeiter (Maurer und Bauführer) und der Zimmerer beschlossen, daß das den Arbeitern von den Unternehmern vorgelegte Tarifvertragsmuster abzulehnen sei.

In den Nachmittagsitzungen am Dienstag fiel die Entscheidung, nachdem ihr eine ausführliche Berichterstattung von Vertretern aus allen Gegenden Deutschlands vorausgegangen war, in der stets Einmütigkeit über die Abweisung der Unternehmerverordnungen und Zustimmung zu der vom Verbandsvorstand empfohlenen Forderung für die Lohnbewegung zugute trat.

Dem Verbandstage der Bauarbeiter lag eine Resolution vor, die einleitend erklärt, daß die Beschlüsse der Bauarbeiter an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge festhalten und daß sie zu wiederholten Malen zu friedlichen Verhandlungen auf dem Boden der Parität bereit sind, um einen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeiter und Unternehmer herbeizuführen. Sodann wird das Tarifvertragsmuster der Unternehmer nochmals in seinen einzelnen Bestimmungen als unannehmbar erklärt. So das Verlangen, Tarife nur durch die zentralen Vorstände aufzustellen. Durchschnitte- oder Staffellöhne festzusetzen, die Löhne nur an „würdige“ Gehilfen zu zahlen. Die Forderung des Arbeitgeberverbandes betreffend Akkordarbeit und einseitigen Arbeitsnachweis wird ebenfalls nochmals als unannehmbar bezeichnet. Weiter verlangt die Resolution die Aufhebung der außerhalb des Vertragsmusters gefassten Beschlüsse der Unternehmer, die die Lohnhöhe und Arbeitszeit tangieren würden. Die Verbände können erst dann Verträge eingehen, wenn die Lohn frei gemacht ist für eine Verfügung der Arbeitszeit unter zehn Stunden und die gewöhnlichen Arbeitsgebiete eine unabweisbare Notwendigkeit ist. Zum Schluß wird in der Resolution nochmals erklärt, daß die Verbände ganz bereit seien, einen vertraglichen Zustand herbeizuführen und für den Frieden im Baugewerbe eine dauerhafte Grundlage schaffen zu helfen, sie könnten das aber nur, wenn der Unternehmerbund seine der Parität hart ins Gesicht schlagenden Forderungen fallen läßt und sich wie die Zentralverbände zu der Tarifbeehehnt, die eine notwendige Vorbedingung für Tarifverträge ist.

Die Annahme dieser Resolution erfolgte einstimmig; ihre Annahme ward mit lautem Bravo von den Delegierten begrüßt. Sodann folgten Abstimmungen über eine vom Zentralvorstand ausgearbeitete Vorlage, die die augerewöhnlichen Maßnahmen für die Lohnbewegung bestimmt. Der erste Teil dieser Vorlage regelt die Mitgliederlegitimation und das Mitgliederverzeichnis; er bestimmt, daß zur Legitimation während des Streiks eine besondere Legitimationskarte an die Mitglieder verabsichtigt wird. Der zweite Teil regelt die Veranschaulichung während der Lohnbewegung. Es ist darin ein Entwurf vorgegeben, der nach dem Stundenlohn bemessen 80 bis 75 Pf. pro Tag festsetzt. Von besonderer Bedeutung war die Abstimmung über die Streikunterstützung. Es wurde beschlossen, daß die Parität für den Verlauf der Unterstützung für alle Mitglieder 14 Tage betragen soll. Die Annahme dieses Beschlusses wird mit Jubelrufen und Bravo durch die Delegierten ausgesprochen. Weiter sind in der Vorlage die Unterstützungsätze für verbeietete und ledige Mitglieder je nach der Verbandszugehörigkeit angegeben, die zwischen 10 bis 18 Mark pro Woche betragen für Mitglieder, die schon vor dem 1. April 1909 Mitglieder des Verbandes waren. Die nach dieser Zeit Mitglieder geworden sind, erhalten 8 bis 16 Mark und die ab 1. April 1910 beitretenden, erhalten 7 bis 12 Mark. Darauf wird erklärt, daß

die Angestellten des Verbandes einmütig beschlossen haben, für die ersten 14 Tage des Kampfes auf einen halben Monatsgehalt zu verzichten und für die übrige Zeit des Kampfes auf 25 Prozent ihres Gehalts.

Nach der Erledigung einiger weiterer Bestimmungen über Unterstützung ergreift Vömelburg das Schlußwort, in welchem er unter anderem ausführt, daß die einstimmige Annahme der Resolution und der Vor schläge des Verbandsvorstandes bedeute, daß die Forderungen der Unternehmer mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen seien. Von den christlichen Kollegen sei noch nicht bekannt, welche Beschlüsse sie gefasst haben, nach der Stimmung aber, die bei ihnen genau so ist, wie bei uns, ist mit Sicherheit ein gleicher Beschluß zu erwarten. (Beifallsbravo!) Unter den Vorständen aller vier Verbände herrsche nur eine Meinung, daß es ein Zug nicht gibt. Ein fortwährende Einmütigkeit und Verlang nach von den Mitgliedern echte Kollegialität, Energie und ein geschlossenes Handeln!

Da von bürgerlicher Seite und von der bürgerlichen Presse, so oft wieder von der täglichen Rundschau und vom Sonnabendkurier, gesagt wird, daß es unter den Unternehmern genug kluge Elemente gebe, die einem Vermittlungsversuch zugeneigt wären, und daß deshalb die Regierung eingreifen sollte, so erklärt Vömelburg: Für Verhandlungen sind wir immer zu haben, aber nur, wenn sich diese auf dem Boden der Resolution bewegen! Einen Schiedsspruch z. B. in der Frage des Arbeitsnachweises können wir nicht anerkennen.

Ein Berliner Mittagsblatt verbreitete einige Nachrichten unter dem sentimentalischen Titel „Friedensausichten im Baugewerbe“, welcher Titel bei den Bauarbeitern nicht geringes Geklächer erregte. Aus der einfachen Tatsache — die dem Blatte aus Unternehmerrreisen zugegangen ist —, daß die Berliner Bauunternehmer mit den Vertretern der Arbeiter eine Zusammenkunft haben wollen, Friedensausichten zu kombinieren, muß mehr als genug erspürten. Es handelt sich hier nicht um einen Verhandlung, sondern um solche für Berlin fest sind, und wenn selbst — obwohl nach gar keine Rede sein kann — es in Berlin zur Einigung käme, so ist damit noch lange keine Aussicht auf Frieden im Baugewerbe, weil viele andere Städte und vor allem der ganze Süden und Westen des Reiches, vor dem Kampf stehen.

Bereits sind einige Vorkostengefächte statt. Die Unternehmern können anscheinend die Zeit nicht erwarten. Außer AKBingungen an verschiedenen Orten haben die Unternehmern in Nürnberg bereits 300 Maurer und 500 Bauführer entlassen, was einen glatten Tarifbruch bedeutet. Wie wir hörten, waren die Verhandlungen der Zimmerer von der gleichen Einmütigkeit besetzt und wurden dort die gleichen Beschlüsse gefasst.

Der Polizeistaat.

„Wir pfeifen auf das Gesetz!“

Aus Berlin wird uns geschrieben: „Wir“ ist in diesem Falle nur Plural der Majestät. Denn „wir“ sind bloß der Berliner Polizeipräsident von Jagow.

Der Berliner Polizeipräsident v. Jagow pfeift öffentlich und offenkundig auf das Gesetz, indem er eine Versammlung unter freiem Himmel nach der andern verweigert. Die lächerlichsten Polizeiverordnungen, durch die sich einig Sachen unter seinem alten Verhängnis herkömmlich machte, müssen ihm dazu dienen, aus dem § 7 des Reichsvereinsgesetzes den klaren wörtlichen Sinn herauszuerlösen und die dort gewährleistete Versammlungsfreiheit für seinen Wirkungskreis tatsächlich aufzuheben.

Die Demokratische Vereinigung hatte für den kommenden Sonntag um Genehmigung einer Versammlung im Humboldthain nachgesucht. Diese Genehmigung ist ihr, wie wir gestern schon kurz meldeten, versagt worden, weil der zur Verfügung stehende Raum von 17 744 Quadratmetern für die zu erwartende Menschenmenge nicht ausreichen soll. Es würde nach der Vermutung des Polizeipräsidenten ein Gedränge entstehen, und daraus folgte Gefahr für die „öffentliche Sicherheit“ im Sinne des § 7 des Reichsvereinsgesetzes zu befürchten sein. Heberich hat das vorurteilige Auge der Obrigkeit ein jugendgängeriger entbedt, über welches Menschen fallen und so in die Gefahr des Verbreitenverdens geraten könnten.

Wit Heberich wird es die Welt erfahren, daß der Berliner Polizeipräsident, dessen Leute am 6. März auf fröhliche Spaziergänger eintraten und der sie heftig noch belohnte und belohnte, nun auf einmal auf die Sicherheit von Versammlungszuschauern so besorgt ist, daß er die Versammlung lieber ganz verbietet, um nicht die Spüreragen der Verweser der Gefahr des Verbreitenverdens auszuweichen. Daß man einen Parl. wenn er wirklich überfüllt ist, so gut wie einen Saal aus Gründen der Sicherheit gegen weitem Zugang absperrern kann, scheint dem Scherzfinn des Polizeigenalligen allerdings entgegen zu sein. Inzudem aber hat er sich in eine äußerst fatale Lage gebracht durch die Behauptung, die Veranstalter selbst hätten einen Versuch von 60—80 000 Menschen in Aussicht gestellt, während die betreffenden Verren berichten, das zu erwarten sie ihnen gar nicht eingefallen, sie hätten vielmehr darauf hingewiesen, daß am 18. Februar 50 000 Menschen im Humboldthain versammelt waren und alles — in Unwissenheit der Polizei — völlig glatt und ohne Unfall abgelaufen sei.

Der Vollzeitspräsident von Berlin pflegt eben nicht nur auf das Gesetz, sondern auch auf die Logik, auf die objektive Wahrheit und ganz besonders auf die Weisheit der Berliner Staatsverordnetenversammlung, die den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Verfassungsfreiheit der Bevölkerung nicht weiter durch Herrn v. Jagow beinträchtigt werden möge. Die Berliner Verfassungsfreiheit hat sich aber im Boden der Gesetzlichkeit, sie wird sich das Recht, was ihr Herr v. Jagow verweigern will, wie bisher einfach nehmen.

„Mit aller Rücksichtslosigkeit!“

Die Polizei geniert sich wohl nicht. So wie sie in vielen Städten gegen die Förderer des gleichen Rechts rücksichtslos und brutal mit dem Säbel einhilt, so erklärt und droht sie auch überall die brutale Rücksichtslosigkeit an. Aus Bremen wird gemeldet:

Die im Laufe der vorigen Woche abgehaltene Demonstration am vergangenen Sonntag hat der Bremischen Polizei anscheinend die bisher beobachtete Verkommenheit gerührt. Der stellvertretende Polizeikommandant Damer eröffnete Dienstag dem Besonderen des Sozialdemokratischen Vereins, daß er den Demonstrationen vom Sonntag für einen Unzucht habe. Wenn sich künftig wieder solche Demonstrationen abspielen, werde die Polizei mit aller Rücksichtslosigkeit zu verfahren. Das werde auch am Mittwoch, den 6. April, geschehen, falls es sich um den geplanten Wahlrechtsdemonstration, in der Genossin Luxemburg führt, zu Demonstrationen kommen sollte. Eine förmliche Drohung war die Bremer Polizei auszusprechen, trotzdem selbst die bürgerliche Presse über das müßerhafte Verhalten der Demonstranten nur lobte. Die Bremische Arbeiterschaft wird sich selbstverständlich auch durch solche Drohung nicht im geringsten abhalten lassen, den Wahlrechtskampf in der ihr geeignet erscheinenden Weise fortzuführen.

Es fesselt aber den deutschen Volkssinn überaus tief, daß man bei Vergehen gegen das Vereinsgesetz, die höchstens mit ein paar Mark Geldstrafe geahndet werden dürfen, sofort den brutalen Polizeisäbel heben lassen will. Das geschieht selbstverständlich nur gegen Wahlrechtsdemonstrationen, sogenannte „patriotische“ und „nationale“ Kundgebungen werden nicht belästigt.

„Demonstrationen gegen die Ordnung.“

Die Polizeibehörde wird immer unertuglicher. Demonstrationen gegen die heutige staatliche und wirtschaftliche Ordnung sind jetzt auch wieder ein Grund, um Unzucht zu verüben. In Hamburg hat die Polizei unter dieser ungeschicklichen „Begrenzung“ den Wasserfestzug verboten. Der Wasserfestzug hat auf seine Eingabe folgenden Bescheid von der Polizeidirektion bekommen:

„Die Genehmigung der Veranstaltung eines Festzuges am 1. Mai d. A. wird verweigert. Der Festzug stellt sich als eine Demonstration gegen die deutsche Verfassung und die Verfassungsgesetze dar, in dem der Sozialdemokratie abgeneigten Kreisen der Bevölkerung erheblichen Anstoß zu erzeugen. Es liegt die Möglichkeit nahe, daß es infolge des Festzuges zu Ausschreitungen kommt. Aus der Veranstaltung des Festzuges ist daher Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten. Demgemäß muß die Genehmigung verweigert werden. Denke.“

Daß für die angelegenen „Gründe“ auch nicht die Spur eines tatsächlichen Anhalts existiert, ist selbstverständlich. Das schreit aber die Verordnungsbehörde nicht im geringsten. Brechen ist kein Verbrechen, sondern ein Polizeisache!

Politische Uebersicht.

Salke a. S., 6. April 1910.

Das lustige Galgen.

Zwischen Konserverativen und National Liberalen hört das ergäbliche Gerede nicht auf. Einzelne Heißsporne im nationalliberalen Lager drohen verächtlich und offen mit einer „Drohung nach links“, worauf die Konserverativen sofort entschieden auf „Verleumdung“ und „sozialdemokratische Unterwerfung“. Gut ein Beispiel für dies fidele Wesen!

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung sprach sich kürzlich in einem Leitartikel über „Schwarz-roth-blauwahlbündnisse“ dahin aus, daß das Zweckbündnis zwischen Liberalen und Sozial-

demokraten bei den Essener Gemeindevorständen nicht nur gerechtfertigt sei, sondern erweitert und auch bei politischen Wahlen ins Auge gefaßt werden müsse. Das Wort führte aus:

„Bei der Hauptwahl wählt man den Besten, bei der Stichwahl den Bestmöglichen. Wir würden ein Bündnis mit dem Zentrum vorsehen. Aber das Zentrum macht heute bei Reichstagswahlen das beste Geschäft, indem es mit den Sozialdemokraten sich einigt, wo beide gegen die National Liberalen in Stichwahl stehen und indem es die eigene Stichwahl gegen die Sozialdemokraten nicht nur immer wieder direkt und indirekt hinausgeworfenen Wahngang anvertraut, daß „selbstverständlich niemals“ ein Nationaler einer Sozialdemokraten wählen werde. Mit der Zeit fährten wir in überwindlichen Stellung des Zentrums in Rheinland und Westfalen wird mit einem Schlage aufgeräumt, wenn die National Liberalen dort heraus erklären: wir können und werden Bündnisse mit beiden Parteien schließen; wir können rechts und wir können links, wir werden und nach rechts zu erst anbieten, aber willst du nicht, so drehen wir uns um.“

Die Kreuzzeitung war über diese nützlichen Wahlbetrachtungen ganz entsetzt und schrieb in ihrer letzten Wochenchau: „Bisher haben die National Liberalen in Preußen gleich den Konserverativen eine Ehre darin gesetzt, solchen Parteien nicht nachzugeben, das hat Preußen und die Provinzen nicht das höchste politische Ideal ist, das Vaterland ging ihnen über die Partei. Heute wollen sie die internationale, kommunistische und republikanische Sozialdemokratie gegen das Zentrum ausspielen, von dem sie in nationaler, wirtschaftlicher und verfassungspolitischer Hinsicht wahrlich kein Abgrund trennt, sondern im wesentlichen nur der religiöse Gegenpart.“

Darauf antwortet das Rheinische Unternehmerviertel in seiner Nummer vom 5. April:

„... Gütten die Konserverativen nur einengemäßen Führung mit hinterer Großbüchse, so wüßten sie, daß dort die demagogischen Zentrums-Arbeiter-Sekretäre die hier im Weiten herrschen und bei den Wahlen in Frage kommen, weil schließlich sind als sozialdemokratische Agitatoren, weil sie unter der Führung der religiösen Funktionäre viel leichter Spiel bei den Massen der Industrie aufgestellten Massen haben als die Genossen. Es deshalb die National Liberalen sich diesen Reuten überantworten, werden sie künftig zu erwagen haben, ob sie mit einem Zweckbündnis mit den Sozialdemokraten etwas besser vorwärts kommen.“

Die ganze Valgelei hat nicht viel auf sich, denn die Großindustriellen fürchten die Sozialdemokratie viel zu sehr — und mit Recht. Aber bezeichnend sind die Auseinandersetzungen dafür, daß der bisher genährte Anhang der National Liberalen unter zu werden beginnt und nach und nach „links um“ dreht.

Der französische Zolltarif und die deutschen Industriellen.

Der Bund der Industriellen befahte sich in seiner Vorstandssitzung mit dem neuen französischen Zolltarif, der deutsche Exportartikel zum Teil mit erheblich höheren Zöllen belegt. Der Bund der Industriellen bedauerte, daß es nicht möglich war, diese neuen Zolltarifbestimmungen zu vermeiden und empfahl, Deutschland möge Kampfsache auf französische Erzeugnisse einführen.

Daß damit etwas gefehert würde, das glauben die Leute vom Bund der Industriellen wohl selbst nicht. Denn an Artikeln, die Deutschland aus Frankreich bezieht, kommen wesentlich Schaumwein und kosmetische Erzeugnisse in Frage. Mit dem unerhörten feindlichen Zolltarif, den Deutschland hat, lassen sich die Handelsbeziehungen einfach nicht verbessern, und jeder neue Handelsvertrag, den Deutschland abschließt, bringt eine Menge neuer Einfuhrerlöse für die deutsche Industrie. Schließlich kann man es ändern ändern nicht verhindern, wenn sie auch ihrerseits die Zölle erheblich erhöhen.

Deutsches Reich.

— Die Wirkung der Zündholzsteuer. Die Handelskammer in Schweden ist entwirrt ein ungünstiges Bild von der Lage der Zündholzindustrie. Der Absatz hat sich ganz enorm vermindert. Die Fabriken sind genötigt, einen Teil ihrer Produktion zu billigen Preisen nach Osteuropa zu verkaufen. Trotzdem können sie bloß die Tage in der Woche arbeiten lassen. Der Sommer bringt ohnehin einen weiteren Niedrigstand im Verbrauch von Zündhölzern, so daß weitere Beschränkungen unermesslich sind.

Ich am besten, gleich aufzustehen und mutig aufzusuchen, wie sich die Welt so früh am Tage und wie sich das friedliche Heim nach erfolgter Kriegserklärung ausnahm. —

„Küchlich wie immer erschien um elf Uhr Herr Florian Marx zur Klavierstunde. Die gnädige Frau empfing ihn im Salon. Mit den Worten: „Ah bedauere unendlich, mein lieber Herr Marx, daß Sie einen Augenblick warten müssen, kauschte sie ihm in ihrem schweren, schwarzen, prächtigen Mantel entgegen. „Mein Mann hat unsere Bekanntschaft. Er bewacht, wie ich sei gelinder, spazieren zu gehen, als Klavier zu üben.“

„Darin hat er ohne allen Zweifel recht“, fiel Florian Marx lachend ein, indem er der stummen Aufforderung, Platz zu nehmen, folgte.

Frau Bummeier setzte sich ihm gegenüber auf Sofa und fuhr, ohne seinen Namen zu beachten, fort: „Mein Mann ist leider nicht musikalisch, er hat mich in der kindlichen Erziehung unter Zuhören des einzigen Weibchen zu betrachten — das heißt, so lange man nicht seinen Unterhalt dadurch verdienen will. Es fehlt ihm ganz die Einbildungskraft, die ich bei der Erlernung der Kunst erlangen will, mit Ernst und Anspannung arbeiten muß. Sie können sich wohl vorstellen, daß meine Tochter demjenigen von uns am willigsten folgt, der ihr das Leben am bequemsten zu machen vermag.“

„Mein Gott, dafür ist sie jung. Aber ich bin recht froh über die Gelegenheit. Sie einmal allein zu sprechen, mein Herr Marx, ich habe Sie schon immer bitten wollen, mit meiner Tochter doch recht streng zu verfahren. Sie läßt sich gar zu gern gehen, wenn man sie nicht ganz streng bestrafen nimmt. Also bitte, kümmern Sie sich gar nicht darum, daß sie ein junges Mädchen von guter Familie ist, es ist nicht nötig hat, sondern behandeln Sie sie einfach wie irgend einen Schüler, aus dem man das Beste herauslocken soll und der etwas härtere angefaßt werden muß als andere, die vielleicht von Natur größeren Fleiß oder eine festere Auffassungsgabe besitzen. Wollen Sie mir das versprechen?“

Der Bismarck antwortete nicht gleich. Er lächelte vor sich hin und betrachtete seine langen, finsternen Finger. Endlich sagte er: „Wissen Sie, gnädige Frau, daß mir das zum erstenmal vorkommt, daß ich um größere Strenge bei dem Unterrichte ersucht werde. Ich bin nämlich nicht ein so sehr strenges Kind, wie Sie es mir heute jenseitig Dame, oder einem dummen Buben vor mir habe. Wenn ich sehe, daß bei meinem Schüler Talent vorhanden ist,

Die reichen Erben, die man unbescheert ließ, um dafür die Armen durch eine Zündholzsteuer zu beschützen, freuen sich doppelt, daß sie keine Zündholzarbeiter sind, ja überhaupt nicht zu arbeiten brauchen. Sie konzentrieren nun Handesgemäß ihren „Bambusfinnen“.

— Wie die Landräte regieren! Im Wahlkreise Ost-Lönningsburg ist den National Liberalen die Einigkeit in die Wahlkreislisten verweigert worden. Auf eingeleitete Besuche hat sich nun der Minister des Innern bequemen mühte zu entscheiden, daß das Verhalten der Landräte „nicht zu billigen“ sei und daß er entsprechende Anweisung gegeben habe. Dieser Befehl hat den einen Landrat, das heißt mitunter die Kritik zur Auslegung der Wählerlisten zu befehlen ist. Der Zweck der Verweigerung der Wählerlisten ist also vollkommen erreicht worden. Den Gesetzesvertretern gefehlt absolut nicht. Sie sind ja keine Wählerrechtsdemonstranten.

— Wieder ein Grenzmissverständnis. Ein Domänenpächter in der Nähe von Weiden geriet aus Versehen über die russische Grenze und wurde von den russischen Grenzsoldaten hierherbald schwer mißhandelt. Der Mann hat zwar Schadenersatz angefordert, was ihm aber nicht viel helfen wird, denn derartige Vorwommmissionen an der russischen Grenze gegenüber sind die deutschen Behörden immer sehr nachsichtig gegen.

— Deutsches Bergwerkshospital in Südwestsafrika. Wie der Deutsche Vortritt, sieht eine Reihe deutscher Kapitalisten soeben im Begriff, im Gewinnbereich der besten Natallöhnen auf Abholkenfelsen, die einen Gesamtgehalt von 100 Millionen Tollen versprechen, die Ausbeute dieser Wobenschnäbe in die Hand zu nehmen.

Die Kapitalisten dürfen international sein, die Arbeiter nicht.

— Polizeigebäude im Dienste der Genarmurie. Die Verarmung von Polizeibeamten wird immer mehr ausgedehnt. Zeit werden aus Bekanntheit diese neue Ausrichtung erhalten. Schließlich sind erst die Fußgängerarmurie-Wachmeister in Aussicht genommen, die einen Anlauf für Presse und Führung von Polizeibeamten durchgemacht haben. Da für derartige Anrufe bisher keine Mittel im Staatshaushaltet vorgesehen sind, wurden private Mittel häufig gemacht. Der Minister des Innern hat die Regierungspresidenten erludt, sich mit den Landräten in Verbindung zu setzen, für den Fall, daß ein Bedürfnis nach Verwendung von Dienstbeamten bei der Genarmurie hervortreten sollte. Dabei soll darauf geachtet werden, daß den Genarmeen die Führung ihnen eigentlich gehörender Hunde nicht gestattet wird, da es vermeiden werden muß, daß die Genarmeen zum Nachteil des Dienstes im eigenen Interesse Hundezucht und -Dressur betreiben und damit in Streitigkeiten der Hygienischen Vereine hineingezogen werden.

— Als Zentrumskandidat für Jauer-Andersbut ist Reichsanhalt Dr. Herich, Breslau, aufgestellt worden. Es werden sich also in dem Wahlkreise mindestens vier Kandidaten gegenüberstellen.

England.

Der Kampf gegen die Lords

hat nun die offizielle Billigung des Unterhauses erhalten. Am 5. April fand die Abstimmung über den konserverativen Antrag statt, der das Eingehen auf die Regierungsvorlage betraf. Billigung des Mittelbeschlusses des Oberhauses in Finanzfragen und seines absoluten Vetosrechts in allen Angelegenheiten verweigert wissen wollte, da zuvor eine Reform des Oberhauses nötig sei. In nahezu vollstimmiger Weise wurde das Eintreten in die Spezialberatung mit 387 gegen 201 Stimmen beschlossen. Das ist eine Regierungsmehrheit von 106, während man auf liberaler Seite auf mindestens 120 gerechnet hatte. Nun beginnt die Beratung der „Reform Bill“, die bis zum 14. April beendet sein soll. Darauf gehen sie an das Oberhaus, das sie natürlich ablehnen wird. Von der Fassung des Königs, von der Frage, ob er bereit sein wird, durch Ernennung einer ausreichenden Zahl liberaler Peers eine Regierungsmehrheit auch im Oberhaus zu schaffen, wird das weitere abhängen. Wahrscheinlich ist das nicht; der König soll der Ansicht sein, daß die Entscheidung der Wähler im Januar nicht bestimmt genug gewesen sei, um ein solches Eingreifen zu rechtfertigen. Dann muß die Regierung zurücktreten und, da die Opposition nicht als Minderheit regieren kann, die Auflösung des Unterhauses erfolgen, die man für Mai erwartet. Die Neuwahlen hätten dann im Juni stattzufinden. Alle Parteien treffen schon die Vorbereitungen dazu.

Das Schicksal des Reformbills wird sich noch vorher entscheiden. Es wird jedenfalls vom 18. April an zur Verhandlung kommen. Und da die Bedingungen der verbündeten

so nehme ich auch die Sache ernst und verlange die höchste Anbrennung. Aber da mir gerade davon reden, um Ihre Frau-lein Tochter tat' es mir doch leid.“

„Wie so? Was meinen Sie damit?“

„Also ehrlich gesagt, ich bin nicht der Meinung, daß das Bräutigam Talent genug hat, um meine schickliche Tonart zu übertragen. Ich glaub' schon, daß der Herr Konrad recht hat. Vielleicht ist er auch kein Bräutigam, sondern ein Mann, der nicht, als wir's das Bräutlein selber freunt. Viel weiter kommt sie doch nicht, und selbst wenn's weiter kommt — was Geschicktes wird doch nicht draus.“

Die Frau Konrad machte ihren Rücken steif und blinzte recht geärgert drein. „O Herr Marx“, verbeichte sie gezwungen lächelnd, „mein Mann, Sie geben etwas zu weit. Ich will doch so jung, ihr Charakter ist doch noch noch so unentwikkelt, um...“

„Drohten sind Sie ja auch noch recht jung; ich weiß nicht, ob Sie nicht etwas vornehm urteilen. Sie entschuldigen — aber ich glaube, die Erfahrung dürfte Sie später doch darüber belehren, daß auch in der Kunst Talent und Temperament nicht allein ausschlaggebend sind und daß beherrschter Fleiß und ernsthafte Aufstufung vieles zu erzielen imstande sind.“

„Ah, gnädige Frau, wenn Sie meinen, daß ich nicht davon betroffen“

„Gutten, Herr Marx“, unterbrach ihn Frau Bummeier, indem sie sich tätschelte, „ich höre brauchen Schritte, ich glaube, sie sind zurückzuführen. Sie entschuldigen.“ Damit neigte sie leicht den Kopf gegen ihn und rauschte vor ihr hinaus.

Fraun Marie blieb allein. Mit überlegenem Blick blickte sie nach dem gnädigen Herrn, der sich gerade mit dem Reichsminister ein bedeutungsvolles Gespräch anging. Im Nebenraum vernahm er ein erregtes Klirren. Er lachte kurz auf, und dann setzte er sich vor den Klavier. Klappte den Deckel auf, und begann in würdevollen Akkorden zu präzisieren. Wenige Minuten später trat Fräulein Thekla ein. Er tat als ob er über nicht gewahrt worden wäre, und nahm eine der schimmernden Glühbirnen in Angriff. Bei deren Studium er gerade begriffen war, Thekla fand einige Schritte hinter ihm und hörte an. Wörtlich sprach er sich auf dem Klavierstuhl herum und lachte ihr gutmütig ins Gesicht. „Ah, mein Fräulein, da sind Sie ja.“

Sie wollte sich entschuldigen, aber er ließ sie gar nicht ausreden. „Ach, ich hab' alles. Jetzt wollen wir mal sehen, wie Sie mit dem Klavier klarkommen. Ich hab' Sie noch nie mit dem Klavier gesehen, Fräulein Bummeier.“ Da mit Hand er auf, um ihr den Klavierstuhl zurückzuführen, und sog sich selber einen andern Einzug heran.

6)

Der Kraft-Mayr.

(Nachdr. verb.)

Ein humoristischer Musikanten-Roman

Von Ernst von Wolzogen.

Der kleine Herr Schwente stols seinen Gut gegen die Gattin und verließ nicht das Haus, bis er die nach Worten gefunden hatte. In ihrer Entrüstung rief er sie nach. Sie hatte nicht viel Zeit, aus dem Bette zu springen, einen Morgen überzubewachen und ihrem außerordentlichen Gemahl nachzulaufen, um ihm womöglich Thekla zu entreißen, bevor er sie sicher außerhalb der Wohnung hatte. Aber der Bekannte, wiegen, hielt sie zurück. Sie griff nach der Biene der elektrischen Klingel, die ihr zu dumpfen stand, und drückte wütend auf den weißen Knopf. Und immer wieder ließ sie, da das Mädchen nicht sofort erschien, mit kaum befriedigenden Worten darüber ihr außerordentlichem Gemahl erzählten.

Die Marie kam ganz erwidert, herbeigehetzt und hatte gleich einen heftigen Zappan empfindend, denn sie war überaus froh, daß die Gattin den Vorfall über die Klafade geäußert habe.

„Haben Sie meine Tochter gerudt; ich habe ihr noch etwas zu sagen!“ rief die Frau Konrad dem Mädchen entgegen, ehe es noch nach ihren Wünschen fragen konnte.

„Das gnädige Fräulein und ichon längst fort“, erwiderte Marie. Sie sind vorangegangen und haben den gnädigen Herren unten auf der Straße erwartet.“

„Hörte der gnädigen Frau, seine geringe Aufmerksamkeit, ihre Geschichte nicht vor dem Mädchen zur Explosion gelangen zu lassen. Sie hielt die Marie des Antrittsbesuchers hinanzutragen. Aber sobald sie allein war, schlug die Gattin wieder mit der flachen Hand um sich und lachte dazu nicht eben leicht. „Merkt! Dieser die, kleine Will Bummeier! Jetzt will er plötzlich ankommen, ich aufstehende Macht, mir die Thekla selbstlich zu entziehen. Ich weiß ganz genau, daß ich beide, die Selbst! Er reunt davon, ohne mich zu Worte kommen zu lassen, und sie laßt gar nicht auf die Straße hinunter, damit ich nicht zurückgehen kann. Wa wartet nur! Ich denke, solche Scherze sollen sich nicht allzu häufig wiederholen. Es ist wirklich zu arg! Mann hat man für die Aufregung, noch reiten oben auf dem Berggipfel. So mag man sich am frühen Morgen eben wieder frant ärgern!“

Um die Morgenstunden war's nun doch geschehen. Es war

Donnerstag — Freitag
Sonnabend

Hamburger
Engros-Lager
Leopold

Nussbaum

Halle a. S.
Gr. Ulrichstrasse
50/51.

Gewaltige Partieposten

Strümpfe

Damen-Strümpfe, Kinder-Strümpfe, Herren-Socken,
Halb-Strümpfe,

in allen Grössen, hell und dunkel, geringelt,
durchbrochen, gestickt, einfarbig, in den neu-
sten Farben: schwarz, weiss, braun, Mako,
Flor, in gestrickt und gewebt, von guten bis
zu den allerbesten Qualitäten zu nebenstehenden
Einheitspreisen

Paar
Paar
Paar
75, 58, 42 Pf.

Damen-Strümpfe
Flor, neueste Farb., gar. waschecht, m.
verst. Ferse u. Spitze, engl. L., Paar **75** Pf.

Damen-Strümpfe
englisch lang, hell geringelt, Stiefel-
muster Paar **48** Pf.

und

Handschuhe

Damen-Handschuhe, Trikot- und Seiden-Imitation, in allen
Farben und Grössen, mit 2 Druckknöpfen, eingeteilt in
2 Gruppen zu nebenstehenden Einheitspreisen

Trikot- und Seiden-Imitation in den neuesten Pastellfarben, alle
Grössen, mit 2 Druckknöpfen . . . zum Einheitspreis Paar **75** Pf.

Halbhandschuhe, bis 40 cm lang, durchbrochen, in allen Grössen,
schwarz und weiss Einheitspreis Paar **30** Pf.

Trikotagen

Serie I	Serie II	Serie III
Tadellose Mako- und Normal-Qualitäten, Hemden, Hosen, Jacken zum Aussuchen	Tadellose Mako- und Normal-Qualitäten, Hemden, Hosen, Jacken in bess. Ausf., z. Aussuchen	Tadellose Mako- und Normal-Qualitäten, Hemden, Hosen, Jacken in best. Ausf., z. Aussuchen
Stück 1.35	Stück 1.65	Stück 1.95

Damen - Kombinationen

Hemd-Hose, in einem Stück, Mako und Normal, weiss
und grau Stück **1⁵⁰ 1⁰⁰**

Pa. Selbstgekochtes Pflaumenmus 1 & **25** Pf.
Rübensaft 1 & **18** Pf.
Zuckerhonig 1 & **40** Pf.
ff. Sauerkraut 1 & **6** Pf.
empfehl.

A. Trautwein, Gr. Ulrichstr. 31, Mitgl. d. Rab.-V. B.

Albin Näther'sches Volksbad, Zeitz.

Vom 1. April bis 30. September geöffnet:
Wochentags: **7** Uhr morgens bis **12** Uhr mittags,
9 abends.
Kassenschluss: **1** Uhr mittags, **1/2** Uhr abends.
Sonntags: **7** Uhr morgens bis **12** Uhr mittags,
Kassenschluss: **1/2** Uhr mittags.

Sommerhalbjahreskarten für das Schwimmbad:
Für Erwachsene **14** Mark, für Kinder **7** Mark.
Monatskarten für das Schwimmbad **3** Mark.

Madenwürmer
Springwürmer, auch Wis-
farben genannt, werden
auch in Obst- und Gemüse-
arten bezeugt durch das
Vorhandensein von
„Antiwürmern“. Mit genauer Anweisung, 1,20 M., bei Einl. von 1,40 M. franco.
Nachsch. Danks. Geschenke 10 M. Nachsch. 2 M. Geschenke 2 M. Nachsch. 2 M.
Rebratentum Ges. Dresden 8. Ortschaft in HALLE a. S.: Hirsch-Apo-
thek, Löwen-Apothek und Engel-Apothek.

Blutreinigung
Die sehr pflegen-
des, leicht bei
längerem Ge-
brauch wirk-
sam und un-
schädlich. Jedes Glas zu
1,20 M. franco. Geschenke in HALLE a. S.: Hirsch-Apo-
thek, Löwen-Apothek und Engel-Apothek.

Makulatur
zu haben in der Genossenschafts-Buchdruckerei.



Schon ein Kind
kann die grosse Ersparnis berechnen, welche
durch Verwendung der beliebten

Solo

Margarine
anstelle von **Butter** erzielt wird.
Überzeugen Sie sich selbst durch eine Probe!
Man versuche auch die Delikatess-Margarine

Rheinperle

den beliebten Butter-Ersatz
der feinen Küchel

Allein Fabrikanten: HOLL. MARGARINE WERKE
ROTTERDAM & PRINZEN, G. v. N. 10031 (HOLL.)



Kinderwagen, in
große Auswahl, viele Neuheiten.
Sitz- u. Liegewagen
beste erprobte Qualitäten.
Auf die anerkannt billigen Preise
& Prompte Abgabe in Marken des
C. F. Ritter,
Leipzigstraße 90.

Bachelor-Extrakt
(pat. sch.)
beste Blutreinigungsmittel,
loste ausgezogen,
ca. 40% stärker als in Bädern,
offiziert die **Wasserkur**,
Leipzigstraße, Ecke Völkersgasse.

Der Weg zur Macht
von Carl Reußky.
Preis **50 Pfennig**.
Zu beziehen durch alle Buchhändler
u. die **Volksbuchhandlung**
Hera 42/43.

Teuchern.
Geschäftshaus
Emil Schieke
veranstaltet bis Sonnabend
den 16. April
90 Wg. Tage.
Große Sorten allerhand
Waren, welche durch ganz
selten günstige
Gelagenheitsfälle
erzeugen habe, viele für
jedermann eine
vorteilhafte Einkaufsgelegenheit
Beachten Sie meine Schaus-
fenster u. wählen Sie danach.

Pantoffelmachern
empfehl.: **HOF Pflüsch, Cord,**
Fustler- und Schenkerstr.
F. Noah, gr. Klausstr. 7.

Elektrisiere
dich selbst! Preisliste unan-
nehmlich u. schnell. Hoffweise.
Schoene & Co., a. M. 24.

Barflechten heilt in 14
Tagen bis
3 Wochen unter Garantie völliger
Heilung, wenn in 1 Woche kein
Erfolg, dann kostenlos.
Wohn. Hof, Gr. Obenstr. 10.
Nachh. v. mir geführte Beeren
geben bereitwillig Auskunft.
Z. Miste, Weinstr. 45.
G. Völkenslein, Wallberg 31.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Signer. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruck. (G. v. N. B.). — Verteiler: vorm. Aug. Grotzsch, jetzt H. Schäfer. — Samst. i. Halle a. S.

Gegen das Reichstagswahlrecht.

(Aus dem Vorwärts.)

Es geht ihm immer deutlicher, daß wir in Preußen-Deutschland einer Ära der schwersten politischen Kämpfe entgegengehen. Der Wahlrechtskampf, den das preussische Proletariat bereits vor Jahren begonnen hat und der mit der Einbringung der Wahlrechtsvorlage in ein aktives Stadium getreten ist, kann und wird nur das Vorbild weiterer leidenschaftlicher Kämpfe sein. Die Arbeiter werden deshalb, weil die arbeitende Klasse selbstständig durch die Verwirklichung der Wahlrechtsvorlage und das Zustandekommen einer unabhängigen Arbeiterpartei den Wahlrechtskampf nicht für beendet ansehen, sondern mit Anspannung all ihrer Kräfte fortführen wird. Was so oft in sozialdemokratischen Versammlungen verkündet und von der sozialdemokratischen Presse ausgesprochen worden ist, daß es in Preußen keine Ruhe geben wird, bevor nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht errungen ist, das zur Tat zu machen, ist die Pflicht nicht nur aller Klassenbewußten Arbeiter, sondern aller Volkselemente, die die Verwirklichung des gleichen Wahlrechts als Mittel und Zweck empfinden. Auch die Reaktionäre werden jetzt, daß der Kampf um ihre Herrschaft begonnen hat, daß das zur Wirklichkeit erstrebte Wahlrecht nicht eher ruhen und nachlassen wird, als bis es selbst seine politischen Geheiß zum Wohle der Volksgemeinschaft zu gestalten vermag. Die Konservativen, Freikonsernativen und alle antidemokratischen Elemente sind aber keineswegs gewillt, sich die politische Macht, deren sie sich solange zu ihrer Verherrlichung bedient, aus den Händen nehmen zu lassen, vielmehr entschlossen, den Kampf gegen die vorwärtsdrängenden Volksinteressen mit aller Rücksichtslosigkeit aufzunehmen.

Die Streikzeitung, das führende Organ der Konservativen, vertritt in ihrer Bodenschau mit brutaler Offenheit, daß die Konservativen gar nicht daran denken, dem Volke Volksrechte zu machen, sondern daß der blauschwarze Wolf wiederum um ihre Herrschaft kämpfen wird, um die Herrschaft über das Land zu behalten. Nicht zufällig auf halbem Wege begegnet seien die Konservativen dem Zentrum, sondern gemeinsame reaktionäre Absichten hätten die beiden Parteien aufeinandergeführt. Es gelte jetzt, keine Bahn machen zu helfen für eine weniger dem Parlamentarismus huldigende Regierungsweise. Deutlicher noch wird die Deutsche Tageszeitung, die erklärt es als Pflicht staatlicher Selbstbehaltung, die Parteien der Rechten nach Möglichkeit niederzuhalten. Nicht etwa nur die Sozialdemokratie, sondern alle diejenigen Parteien, die mit der Sozialdemokratie tatsächliche Verbindungen eingehen oder doch grundsätzliche Bündnisse für möglich und gegebenenfalls für notwendig erachten.

Aber diese Verdrängung der Parteien der Rechten soll nicht allein durch ein nichterhöhtes Wahlrecht im Abstammensweise erfolgen, sondern auch durch eine Herabsetzung des Reichstagswahlrechts. Das Bündlerorgan nennt das Reichstagswahlrecht „so unerschrocken und so unvernünftig wie nur möglich“ und bereitet sich zu folgender Drohung: „Bisher ist es möglich gewesen, mit dem Reichstagswahlrecht (sich) und recht auszukommen. Es hat vorläufig keine erhebliche Beeinträchtigung des ersten Staatsnotwendes herbeigeführt. Wie lange das noch der Fall sein wird, steht dahin. Wir fürchten, die Zeit wird bald genug kommen, in der die Gleichbehandlung der Staatsbürger durch das Reichstagswahlrecht so stark wird, daß man im Interesse der staatlichen Selbstbehaltung eine Änderung vorzunehmen muß, die dann das kleinere Übel unter allen Umständen sein würde.“

Daß die Junker die wütendsten Gegner des Reichstagswahlrechts sind, ist allerdings nicht erst seit diesem Artikel der Deutschen Tageszeitung oder auch seit der freien Parlamentsverhandlung des November bekannt. Unzählige Male haben sich ja die Junker gegen das Reichstagswahlrecht gewendet. Es sind jetzt 16 Jahre her, daß der Graf Mirbach im preussischen Herrenrathe ganz offen nach dem Staatsrecht von oben sagte: „Es werde mit Jubel begrüßt werden, wenn die verdrängten Fürsten sich entschließen, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben treten zu lassen und zwar unversüßelt.“ In denselben Jahre 1896, erging sich sogar die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung in unerbittlichen Drohungen gegen das bestehende Reichstagswahlrecht. Und ein paar Jahre später sagte der Finanzminister Miquel zu Bismarck: „Das allgemeine Wahlrecht ist unmöglich, aber davon dürfe man noch nicht sprechen! Und im Dezember 1896, kurz nach der Auflösung des Reichstages, als unsere Reaktionäre auf ein Niederretten der Sozialdemokratie noch nicht zu helfen wollten, die Schwarzfächer wiederum nach dem Staatsrecht, damals forderten sogar die rechtsnational-liberalen Hamburger Nachrichten eine Verwirklichung des alten Wahlrechts und die Entroziehung eines neuen reaktionären Wahlgesetzes.“

Aus dem Umstände, daß trotz alledem unsere Wahlrechtsfeinde noch immer vor dem letzten, ängstlichen Schritt eines Staatsrechtsjuristen zurückgeschreckten, darf keineswegs geschlossen werden, daß sie dessen überhaupt nicht fähig seien! Vielmehr werden schon der Mangel der nächsten Reichstagswahlen den reaktionären Ingerium daratig werden, daß man tatsächlich die Regierung zu einem Aktentage gegen die Volksworte bereitete!

Auf die Abwehraktion der bürgerlichen Parteien dürfte sich das Volk in einer solchen Lage nicht verlassen. Daß die Nationalliberalen im Grunde ihres Verzens gegen eine Preisgabe des gleichen Wahlrechts nichts einzuwenden hätten, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Mehr als ein national-liberaler Politiker und Abgeordneter hat sich ja an das Reichstagswahlrecht ausgesprochen, so daß auf parlamentarische Sicherstellungen, wie sie in der letzten Zeit von den Vertretern der Nationalliberalen im Reichstag und Landtag abgelehnt worden sind, nicht allzuviel Gewicht zu legen ist. Und was von der Freimüdigkeit des Zentrums für das gleiche Wahlrecht zu halten ist, das hat ja erst in den letzten Wochen wieder die unglückliche Haltung des Zentrums in der Frage der preussischen Wahlreform bewiesen. Sie hat bewiesen, daß dem Zentrum die Demokratie vollständig gleichgültig ist, daß es nicht die Volksworte verachtet, sondern außer den eigenen Fraktionsinteressen einzig und allein die Interessen der Reaktion, die Interessen agrarischer

Volkswirtschaftlicher, brutaler Volksherrschaft und pfläckerischer Volksverdrängung!

So wenig die Volksmassen sich durch die Drohungen der Konservativen einschüchtern lassen werden, so wenig werden sie diese Versuchungen in den Wind schlagen! Die nun demokratischer Selbstregierung freudigen Volkswirtschaft werden sich natürlich auch nicht eine Sekunde lang in der unfruchtbarsten Fortführung des preussischen Wahlrechtskampfes beirren lassen, eingehend des alten reaktionären Grundgesetzes, daß die beste Ordnung der Welt ist! Aber das Volk wird sich zugleich immer mehr mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es eines Tages gelten kann, den Gegenstoß der Reaktion zu parieren mit einer Zerknirschung und Entschlossenheit, woran aller Zusehervermut aufpassen werden dürfte!

Schon führt Bismarck trug sich ja, wie vor einigen Jahren erst wieder Professor Delbrück in den Grenzboten entwickelte, mit der Absicht, das allgemeine Stimmrecht wieder zu beschaffen. Wie Delbrück erzählt, rechnete Bismarck darauf, daß die Massen dem Staatsrecht vor eben die Gewalt von unten entgegengehen würden. Aber er hoffte zugleich, daß die Armee dem Aufstand, der durch den Staatsstreich provoziert werden würde, binnen wenigen Tagen niederschlagen, und daß dann das durch die Straßenschlachten erforderte Würgertum sich der Regierung ohne jede weitere Opposition in die Arme werfen würde. Für Bismarck rechnete offenbar nicht mit den evolutionär wirtschaftlichen Wandlungen des Proletariats, nicht damit, daß selbst die Macht der Aristokratie und der Monarchiebewehrung zum Beispiel gegen einen politischen Massenakt nichts auszurichten vermag! Das moderne Proletariat dagegen weiß, daß es nicht nachläßt, ist auch es wird in der gegebenen Situation von den ihm zu Gebote stehenden Kampfmitteln den wirksamsten Gebrauch zu machen wissen!

Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Kr. Berlin, 5. April 1910.

Seute vormittag sind die Delegierten der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu einem gemeinsamen Verbandstag zusammengetreten, zu dessen Eröffnung der Maurerverbandsvorstand Dömelburg ausführte: „An Anbetracht, daß die beiden Verbände bereits in Leipzig beschlossen haben, sich zu verschmelzen, sind wir übereingekommen, auch die Mitgliedschaft gemeinsam zu bilden. Dabei muß ich auf eines aufmerksam machen. Es gibt am heutigen Tage viele Hunderttausende von Arbeitern im Baugewerbe, deren Gedanken jetzt bei uns weilen. Ich glaube aber ohne Heberbreitung gegen zu können, daß man am meisten auch in den Kreisen der Unternehmer gespart ist. Je mehr aber unsere Versammlung sich fähig zeigt, im Geiste der Einigkeit zu wirken und begeisterte Zustimmung in ganzen Lande zu erwecken, je mehr wird sich Entschädigung in den Kreisen der Unternehmer geltend machen.“

Der gemeinsame Verbandstag wird von demselben Bureau wie der in Leipzig geleitet. Die beiden Punkte der Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Anträgen des Arbeitgeberverbandes“ und „Besondere Maßnahmen für die Lohnbewegung“ werden aufkommen zur Verhandlung gebracht.

Das Wort erhält Dömelburg und führt u. a. aus: Der den Organisationen der Arbeiter vom Arbeitgeberbund überlassene Beschluß läßt mich genug erkennen, als es sich dabei um eine einfache Willensklärung handelt oder um eine endgültige Entscheidung. Aber was wir wissen läßt erkennen, daß es eine endgültige Entscheidung ist. Diese Auffassung wird uns bestätigt durch diejenigen Personen, die amnesten waren und uns Bericht gaben. Nach dem, was uns mitgeteilt, handelt es sich um eine endgültige Entscheidung. Außerdem ist uns ein

Handwritten eines Unternehmerverbandes

gegangen, daß an seine Mitglieder gerichtet ist und besagt, daß der Beschluß ein Ultimatum ist und die Aussparung erfolgen muß, wenn die Arbeiterorganisationen die Anträge ablehnen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes wird gleich, nachdem unsere Ablehnung vorliegt, am 8. April, zusammenzutreten und die Ausarbeitung beschließen.

Wir haben also heute über Krieg oder „Frieden“ zu entscheiden. Das ist eine Frage von ungeheurer Bedeutung für das Baugewerbe nicht nur sondern auch für das gesamte Wirtschaftswesen. Die Frage ist, ob in den nächsten Tagen ein Kampf entbrennen soll, wie er in der Geschichte der Arbeiterbewegung bisher einzig dastand.

Können wir die Anträge der Unternehmer annehmen? Nein, und abermals nein. Wir können es nicht! In ihrem ersten Antrag verlangen die Arbeitgeber, daß der Beschluß zentral erfolgen soll. Damit verlangen sie eine ganz erhebliche Veränderung des bisherigen Zustandes. Mit der Feststellung des Arbeitgeberverbandes, daß der bisherige Zustand gut gewahrt hat, haben die Unternehmer eigentlich diesen Antrag selbst besänftigt. Wenn die Unternehmer keine Nebenabsichten damit hätten, müßten sie ihren Antrag fallen lassen. Aber sie haben Nebenabsichten. Viele von ihnen haben sich mit den Tarifverträgen erst befremdet, weil sie darin ein Mittel zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Unternehmer haben nie gelagt, warum sie eigentlich den generellen Beschluß wollen, sie haben sich immer nur auf die Beschließung ihrer Generalsammlung berufen. Heute kennen wir die Gründe. Sie wollen die Bahn frei haben, keiner örtlicher Differenzen wegen eine Generalausführung zu veranlassen. Es ist das Schwedische System, das man in Deutschland einführen will. Das aber wollen wir nicht. Das siehe den Zweck des Tarifvertrages in sein Gegenteil verkehren. Dazu sollen wir unsere Hand bieten? Nein, nein und nimmer, mag es kommen, wie es will. Statt Ruhe und Ordnung würde der Tarif eine Quelle ständiger Unruhen werden. Das halte an der Aufstellung, daß die Arbeitgeber diesen teuflichen Plan haben, solange fest, als der Arbeitgeberbund nicht offiziell in der Presse erklärt, daß diese Absicht nicht besteht. Geheißt dies nicht, so heißt es sich, daß sie den teuflichen Plan haben. (Stark riefen)

Der Redner schloß dann weiter aus, welche Gründe für die Ablehnung der übrigen bekannten Anträge des Unternehmers

tums entscheidend sind. Die Akkorarbeit soll nicht nur durchgeführt werden, sondern die Durchführung soll auch durch den Tarifvertrag gesichert werden. Wir sollen uns jedes Einflusses enthalten. Wenigstens müßte bei Akkorarbeit der Lohn garantiert werden. Aber das wollen die Unternehmer nicht. Die Akkorarbeit, sind wir bereit, gemeinsam auf präzisierender Grundlage zu regeln. Weil die Arbeitsnachweise

Aufhebungs- und Wahrgeldbüros

sein sollen, darum wollen die Unternehmer die Parität nicht. Das ist eine feste Zumutung der Unternehmer an uns. Wir wollen nicht Verträge, wo Rechte und Pflichten ungleichmäßig verteilt sind. Hinsichtlich der Ablehnung der Arbeitsnachweiseverfügung unter 10 Stunden weist der Redner darauf hin, daß die Zeit, die der baugewerbliche Arbeiter bei dieser Zeit vom Hause fortbleiben muß, in manchen Städten 14, ja 16 Stunden beträgt. Unter diesen Verhältnissen ist es eine Rücksichtslosigkeit sonderlichen, solchen Verdienst zu fassen. Ebenso haben die Unternehmer beschließen, keine allgemeine Heberhebung einzulegen zu lassen.

Die Arbeiter haben keinen einzigen Antrag gestellt. Der am Krieges führen muß. Das die Arbeiter beantragt, waren nichts als kleine Verbesserungen, über die teils eine Einigung erzielt ist. Die kritischen Punkte bestehen nur in den Anträgen, die die Unternehmer gestellt haben. Ich bin überzeugt, daß die Unternehmer sagen werden, daß die Arbeiter den Kampf vom Raum gewonnen haben und die bürgerlich-reaktionäre Presse wird ihnen das nachsagen. Aber was dahinter steht, das ist die Moral der Wegelagerer: Gibst du mir deine Aube, werde ich dich nicht toteschlagen. Wie werden den Kampf aufgeben, müßen sie aufgeben. Da das Unternehmertum den Kampf will, werden wir ihn führen, um die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes zu schützen.

Nach dem Votum, das mit einstimmiger Mehrheit angenommen wurde, trat eine kurze Pause ein. Mit Wiedereröffnung der Sitzung war ein Beschlusse angenommen, daß in Halle a. S. 300 Maurer und im ganzen 900 baugewerbliche Arbeiter entlassen werden sind. Der Nürnberger Arbeitgeberbund hat hierbei Paris für sich begangen.

In der mehrstündigen Diskussion trat einstimmig gut, daß die Bauarbeiter überall Kampfbereit ist. Wenn wir dem Unternehmertum eine solche Waffe in die Hand geben würden, wären wir nicht wert, organisierte Arbeiter zu sein, erklärte ein Redner. Wie werden uns die Privatitäten des Unternehmertums nicht gefallen lassen und ihre angelegte Trännenmacht brechen, sagte ein anderer. Aus Unübersichtlichkeit wird berichtet, daß die Bauarbeiter in mehreren Städten schon beschlossen hat, mindestens die ersten 14 Tage ohne Unterbrechung auszuhalten. Man ist überall bereit, auch die schwersten Opfer zu bringen. Die unersättlichen Anforderungen des Unternehmertums sollen und müssen juristisch gescheitert werden. Nicht eine einzige Stimme erhob sich, die irgendeinen Zweifel wachrufen könnte, daß nicht überall die vollste Einmütigkeit herrscht.

Das Lommt auch bei der Abstimmung über die von Dömelburg vorgelegte

Resolution

zum Ausdruck, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Verbandstage der Zentralverbände der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands dokumentieren aus neue und in vollster Einmütigkeit mit der Gesamtheit der Mitglieder, daß sie unerschütterlich festhalten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge. Die Zentralverbände befehlen sich damit zu wiederholten Malen zu friedlich-schlichtlichen Verhandlungen mit den Organisationen der baugewerblichen Unternehmer, um auf dem Boden unerschütterlicher Parität einen gerechten Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeiter und Unternehmer herbeizuführen zu helfen.“

Inbeachtlich dieser grundsätzlichen Erklärung müssen die Verbandstage es jedoch ablehnen, auf Grund der vorliegenden Anträge des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe weiter zu verhandeln, da es ein völlig unzulässiges Beginnen wäre, Tarifverträge durchzuführen, die das Vertragsmuster des Arbeitgeberverbandes als Grundlage haben.

Insbesondere lehnen es die Verbandstage ab, daß die Tarifverträge abgeschlossen werden zwischen den Zentralverbänden der Organisationen. Träger der Tarife müssen wie bisher die örtlichen Organisationen sein, denn diese sind es, die den Vertrag in allen Städten und in erster Linie durchzuführen haben. Den Zentralverbänden bleibt die Aufgabe, die Durchführung der Tarife zu überwachen, Konflikte, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, vorzulegen und die verbleibenden Differenzpunkte letzten Endes zu schlichten.

Ebenfalls müssen die Verbandstage es ablehnen, in einem Vertragsmuster Durchschnitte- oder Staffelsysteme festzulegen. Vollständig unannehmbar für die Zentralverbände ist auch jede einschränkende Bestimmung bei der Lohnfestlegung, soweit nicht alte, invalide und jugendliche Arbeiter in Betracht kommen.

Wollig unzulässig sind für die Verbandstage die Forderungen des Arbeitgeberverbandes, betreffend Akkorarbeit und Arbeitsnachweise.

Die Verbandstage legen Wert darauf, festzustellen, daß sie in der Frage der Akkorarbeit keine Forderungen des gegenwärtigen Zustandes aufheben, ihre Regelung bezieht dem örtlichen Organisationen zuzufallen. Dagegen werden die Zentralverbände niemals einer Regelung der Akkorarbeit in dem Sinne zustimmen, wie sie der Arbeitgeberbund fordert, monach den Arbeiterorganisationen jeder Einfluss auf die Akkorarbeit, insbesondere auch auf die zu zahlenden Löhne, gemoren werden soll.

Der Zweck der von dem Arbeitgeberbund geforderten Arbeitsnachweise ist durch die Führer des Bundes selbst so klar gekennzeichnet, daß sie auch ohne die praktische Erfahrung der Arbeiterchaft als Wahrgeldbüros bekannt sind. Die Zentralverbände haben längst erklärt, daß mindestens in den Großstädten die Arbeitsvermittlung einer Regelung bedarf. Dies kann jedoch nur auf dem Boden vollster Parität geschehen, und die Zentralverbände erklären sich zu wiederholten Malen bereit, gemeinsam mit den Unternehmerorganisationen an die Lösung dieser Aufgabe heranzutreten.

Schließlich müssen die Verbandstage unter allen Umständen darauf bestehen, daß der Arbeitgeberbund seine ganz außer

Wird der Vertragsschluss, aber damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse über die Höhe des Lohnes und die Arbeitszeit aufhebt. Der Zentralverband der Maurer und Bauarbeiter ist es unmöglich, Verträge einzugehen oder überhaupt über ein Vertragsverhältnis zu verhandeln, wenn nicht zuvor die Wahl fest gemacht ist für die Verteilung der Arbeitszeit unter zehn Stunden, zunächst in den gewöhnlichen Arbeitszeiten, wo es eine unabwendbare Notwendigkeit ist, und wenn ferner nicht eine vorherige Vereinbarung darüber erzielt wird, daß die Löhne den teuren Lebensbedürfnissen entsprechend aufgebessert werden sollen.

Die Verhandlungen der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands wiederholen, daß sie gern bereit sind, einen beruflichen Gehalt und Arbeitszeiten und für den Frieden im Baugewerbe eine dauerhafte Grundlage schaffen zu helfen, sie können das aber nur, wenn der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seine der Parität karis Gesicht stehenden Forderungen fallen läßt und sich wie der Zentralverband zu der Tariffrage bekennt, die eine notwendige Vorbedingung für Tarifverträge ist.

Die einstimmig erfolgte Annahme dieser Resolution läßt einen wahren Beschlußfall aus.

Nunmehr wird über die besonderen Maßnahmen beschloffen. Danach sollen alle Mitglieder des Verbandes, die während der Lohnunterbrechung im Baugewerbe beschäftigt sind, verpflichtet sein, neben dem regelmäßigen Verbandbeitrag und ordentlichen Zahlung eines besonderen Beitrags zu leisten. Derselbe soll von 10 Mfr. bis zu einer Mark steigen je nach dem Stundenlohn der betreffenden Kollegen.

Die Höhe der Streikunterstützung richtet sich nach der Höhe des Vertrages, nach der Dauer der Mitgliedschaft und dem Familienstand.

Die Marxengeld bedingt für den Beginn der Unterstützung 14 Tage. Dieser Marxengeld unterliegen alle Mitglieder, also auch diejenigen, die nicht sofort im Beginn, sondern erst später in die Bewegung einbezogen werden. Während der 14-tägigen Marxengeldzeit darf ein einzelner Unterstützung aus anderen Mitteln gezahlt werden.

Die Angehörigen beider Verbände haben beschloffen, daß sie während der ersten 14 Tage des Streiks ihren halben Monatsgehalt und während der weiteren Zeit 25 Proz. ihres Gehalts an die Streikliste aufzubringen wollen.

Winnigs-Hamburg weist ferner auf die hohe Bedeutung der Bewegung gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke hin und läßt sich an, daß die glückliche Durchführung des bevorstehenden Kampfes aus diesem abhänge ist, daß die Bauarbeiterschaft in dieser Frage ihren Kampf nicht, durch Annahme von den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, sich aber alkoholischen Getränke zu enthalten.

In allen Fällen, wo die Ausbeuter sich zur Kontrolle weihen, soll dafür gesorgt werden, daß es keinen Zwang gibt.

Sodann gab Vornburg bekannt, daß die Verbände der vier in Betracht kommenden Verbände beschloffen haben, daß Mitglieder von einer Organisation in die andere während der ganzen Dauer des Kampfes nicht strittend sollen. Weiter wurde jedoch erwartet werden, daß andere Verbände, die Arbeiter unter ihren Mitgliedern haben, sie in bezug auf Unterstützung und Marxengeld ebenfalls behandeln werden, wie wir es beschloffen haben. Ebenso wird erwartet, daß diese Verbände keine Mitglieder von uns aufnehmen.

Wichtigsteinlich wird, wenn man sieht, daß der Kampf nicht zu verhindern ist, von beiden Seiten verläßt werden, das heißt zu verhindern. Wir, als Freunde der Tarifverträge, werden uns nicht abfinden verhalten. Aber wenn Verhandlungen angeht werden, so können wir dem nur zustimmen, wenn vorher die Unternehmer sagen, daß sie ihre Äußerung zurückziehen. Die Unternehmer sind die Angerufenen und müssen daher ihre Äußerung zurückziehen, wenn es nicht zum Kampfe kommen soll.

Nebst der feiner Freude Ausdruck über die Einstimmigkeit, die zwischen den vier Verbänden herrscht, denn auch die Christlichen werden dieselben Beschlüsse fassen.

Wir einem Hoch auf die Einigkeit der Bauarbeiter wird der Verbandest geschlossen.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer.

Kr. Berlin, 5. April 1910.

Zweiter Verhandlungstag.

Die heutige Vormittagssitzung lagte noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach der Mittagspause wurde wieder öffentlich verhandelt.

Der Verhandlungsgegenstand lautete: Unsere Antwort an die Unternehmer und unsere weiteren Maßnahmen.

Schrader-Hamburg führte aus: Wir haben getrennt eingehend über die Situation beraten und sind einstimmig zu einer Erklärung gegen die an uns gestellten Zumutungen der Unternehmer gekommen. In diesem Sinne wird auch unsere Antwort ausfallen, die wir vor der Öffentlichkeit den Unternehmern auf die in Dresden gestellten Beschlüsse zu erteilen haben. Wir geben die Erklärung ab, daß das, was die Unternehmer wollen, nicht ausgeführt werden wird. Wir lassen uns durch die Drohung mit der Ausbreitung nicht einschüchtern. Wir nehmen den Kampf auf und treffen die notwendigen Maßnahmen. Die Unternehmer rechnen darauf, daß unsere Kampfmittel bald erschöpft sein werden. Wir müssen uns also so einrichten, daß dann, wenn die Unternehmer glauben, wir sind am Ende, unser Kampf erst recht beginnen soll. (Beifall.) Die außergewöhnlichen Verhältnisse erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Wir haben deshalb beschloffen, unser Streikreglement außer Kraft zu setzen und andere Bestimmungen dafür einzuführen, die sich auf Unterstützung, Extrabeiträge und Streiklegitimation beziehen. Wenn Sie diese Bestimmungen annehmen, dann können wir den bevorstehenden Kampf nicht auf Wochen, sondern monatlang führen. Im Rahmen der Verbandsausgaben kann ich erklären, daß sie beschloffen haben, für die ersten vier Wochen des Kampfes die Hälfte ihres Gehaltes an den Kampfentscheidungsbeitrag (Bravo.) Wenn uns durch diesen Beschluß auch nicht große Summen zugewandt werden, so bekommen wir doch die Überwindung unserer Kameraden. Gleichzeitige werden wir den Kampf auf, daß auch diejenigen unserer Mitglieder, welche sich außerhalb unserer Organisation im Unterbaugewerbe befinden, ebenfalls bereitwillig ein außerordentliches Opfer bringen. — Wenn wir in der vorgeschlagenen Weise unsere Maßnahmen treffen, dann

Können wir mit Ruhe dem Kampf entgegengehen. Wir haben uns bemüht, den Kampf zu vermeiden. Wir sind uns völlig bewußt, daß, wenn der Kampf auf der ganzen Linie entbrennt, schwere wirtschaftliche Schäden entstehen werden. Aber wir können mit vollem Recht alle Schuld daran von uns abwerten, denn sie liegt einzig und allein beim Arbeitgeberbund. (Beifall.)

Rach diesen Ausführungen wird, nachdem ein einziger Debatte durch Annahme eines Schlußsatzes abgebrochen.

Resolution

Die am 4. und 5. April in Berlin tagende außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgruppen Deutschlands nimmt von der offiziellen Mitteilung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die Tarifbewegung betreffend, Kenntnis.

Die Generalversammlung erklärt hierzu, daß die Zimmerer Deutschlands nach wie vor auf dem Boden der Tarifverträge stehen und auch geneigt sind, für die Zukunft Tarifverträge abzuschließen, wenn die hierzu erforderlichen Vorbedingungen erfüllt sind und die bisherigen Grundlagen des Tarifvertrages beibehalten werden, das sind:

1. Volle Parität in allen Fragen, die der tariflichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen betreffen.
2. Uneingeschränkter Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Organisationen über Inhalt, Annahme und Ablehnung der Tarifverträge.

Nach den Beschlüssen, die der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe auf seiner außerordentlichen Generalversammlung in Dresden gefaßt hat, will derselbe die bisherigen Grundlagen der Tarifverträge verlassen und sie gewalttätig in andere Bahnen drängen, um sich für alle Zukunft die unbedingte Herrschaft über die Arbeiter und deren Organisationen zu sichern. Zu diesem Zwecke fordert derselbe:

1. Den Abschluß der Tarifverträge für alle in Frage kommenden Orte durch die Zentralverbände.
2. Die Entfaltung von Stachel- und Zuchtschmittensidenen.
3. Die Anrechnung und Sicherung der Akkordarbeit der Arbeiterorganisationen, unter einseitiger Bestätigung der Akkordarbeit durch die Unternehmer.
4. Befreiung der persönlichen Freiheit der Arbeiter auf dem Bau- und Arbeitsstellen.
5. Jegliche Verschlechterung der Arbeitnehmer auf eine Befristung der Arbeitszeit, auch dort, wo die Verhältnisse eine solche bedingten.
6. Anerkennung der von den Arbeitervereinigungen einstimmig einstimmigen und noch einzustellenden Arbeitsnachweisen.

Diesen Forderungen des Arbeiterbundes für das deutsche Baugewerbe müssen und werden die Zimmerer Deutschlands den schärfsten Widerstand entgegenstellen, um so mehr, als das Vorgehen des Arbeitgeberbundes in letzter Linie darauf hinausläuft, hinsichtlich der Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur jeden Fortschritt zu unterbinden, sondern sie in ihren Existenzbedingungen herabzusetzen.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands lehnt deshalb das Annehmen des Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe mit aller Entschiedenheit ab.

Einstimmige Annahme finden auch die vom Vorstand vorgeschlagenen außerordentlichen Maßnahmen zur Führung des Kampfes. Sie beziehen sich auf die Streikkontrolle, Unterstützungsabteilung und Erhebung von Extrabeiträgen. Die wichtigsten dieser Bestimmungen, durch die die statistischen Bestimmungen des Streikreglements außer Kraft gesetzt werden, lauten:

Für die bevorstehende Bewegung gilt in allen Fällen eine Marxengeldzeit von zwei Wochen. (Zwölf Arbeitstage.) Während dieser Zeit wird Unterstützung aus der Zentralkasse nicht geleistet. Auch aus lokalen Mitteln dürfen während dieser Zeit keinerlei Unterstützungen gewährt werden.

Zuschüsse aus lokalen Mitteln, die aus der Zentralkasse gestrichelten Unterstützung (nach Ablauf der zweiwöchigen Marxengeldzeit) dürfen ein Fünftel der statistischen Unterstützungsätze (§ 11 Artikel 3 des Streikreglements) nicht übersteigen.

Jedige Mitglieder, die nur für den eigenen Unterhalt zu sorgen haben, erhalten in allen Beitragsklassen eine um 30 Pfennig pro Tag geringere Unterstützung als verheiratete.

Während der Bewegung nur eintretende Mitglieder haben die regelmäßigen Verbandbeiträge sowie auch alle Extrabeiträge von 1. April d. J. ab nachzulassen. Sie erhalten in allen Beitragsklassen nur drei Viertel der festgesetzten Unterstützung.

Vom 18. April ab haben alle in Arbeit stehenden Mitglieder einen Extrabeitrag zu zahlen, welcher durch Markten quittiert wird, er beträgt bis zu 50 Pf. Stundenlohn 10 Pf. pro Tag und steigt je nach der Höhe des Stundenlohnes bis zu 1 Ml. pro Tag.

Mit der einstimmigen Zustimmung auch zu diesen Maßnahmen war die Arbeit des Verbandestages erledigt.

In einem Schlußwort erwiderte Schrader-Hamburg die Delegierten, für permittierte Durchführung der einstimmig gefaßten Beschlüsse zu wirken und schloß die Generalversammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und den Sieg des bevorstehenden Kampfes.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 6. April 1910.

Distriktsveranstaltungen.

Am Donnerstag, den 7. April, abends 9 1/2 Uhr, finden in Halle für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins in ihren bestimmten Distriktslokalen Versammlungen über Vereinsangelegenheiten statt. Die Mitglieder, Männer wie Frauen, werden ersucht, sich daran recht zahlreich zu beteiligen.

Der zweite Distrikt hält seine Versammlung erst am Freitag, 8. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Mutter, Ml. Ulrichstraße 37, ab.

Der 13. Distrikt (Waldbergerviertel) hält seine Versammlung bei Raupich, Mühlberg, ab.

Erfolgreiche Arbeitseinstellung.

Der Streik der Arbeiter der Firma Rudelt ist nach einer Dauer von vier Tagen erfolgreich beendet worden. Mit der Firma wurden Verhandlungen eingeleitet, an welchen der Verbandstagesgenosse W. I. F. E. M. a. n. - Bremen teilnahm. Sie endeten mit dem Beschlusse, daß ein Einverständnis von 63 Pf. erreichbar in drei Staffeln festgesetzt wurde. Dieser wurden 47 Pf. gezahlt. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden am 1. Mai hat die Arbeit zu ruhen. Maßregelungen finden nicht statt. Diesen schönen Erfolg haben die organisierten Arbeiter durch ihre einmütigen Verhalten erzielt.

Das städtische Schwimmbad.

Zeit langen Jahren bildet das Projekt eines städtischen Bades den Gegenstand unendlicher Erörterungen. Verregierungen und reaktionärer Angriffe. Schon in früheren Ansehensprogrammen vorgezogen, hat diese bringend nötige Einrichtung immer wieder hinter angeblich wichtigeren Dingen zurückbleiben müssen. Jetzt endlich scheint es, als ob man einen Schritt weiter, über die Erörterungen hinaus, zur Projektentwerfung gelangt ist. Willkürlich hat dazu die Stiftung eines Ingenieuramtes in Höhe von 50 000 Ml. beigetragen. Jedemfalls zeigt der Umstand, daß nicht weniger als 1 1/2 M. E. n. t. w. r. e. z. für ein städtisches Bad herbeigeführt werden müssen, wie große Schwierigkeiten bis zur Verwirklichung eines dieser Projekte zu überwinden sind. Die Gegenrichtung findet sich natürlich in den Kreisen des Bürgerturns, die nicht so sehr auf die öffentliche Badeangelegenheit angewiesen sind, weil sie dadurch ihr eigenes Bad besitzen. Ihnen fällt es nicht ein, den Stadtrat zu Gunsten der Arbeiterschaft, der färglich bezahlten unteren Angestellten, kleinen Beamten usw. zu belästigen.

Jetzt sind den Stadtvorordneten vom Magistrat außer dem Hauptentwurf vier weitere Vorentwürfe nebst Rentabilitätsberechnungen vorgelegt worden. Für den Hauptentwurf sind die Kosten auf 1 000 000 Ml. veranschlagt worden. Nach der Rentabilitätsberechnung sind 108 000 Ml. Einnahmen zu erwarten, denen 93 400 Ml. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Bruttoüberschuss von 14 600 Ml. verbleibt. Zur Veranschlagung und Amortisation wäre im ersten Jahre ein Zuschuß von 30 000 Ml. erforderlich. Der Entwurf stellt vor je eine Schwimmhalle für Männer und Frauen, ein trichromatisches Bad, 57 Bannbäder, 28 Brausebäder, 4 Dampfbäder, 4 Sitzbäder und 1 Luftbad, außerdem Wäscherei, Kleiderhaus mit Nebenräumen und Wohnhaus. Dieser Entwurf scheint uns der wertvollste trotz der Höhe seiner Kosten. Vor allem wurde durch ein solches Bad auch der Wert der bisher ebenfalls nicht vorhandenen Brausebäder durch die Praxis erwiesen. Alle übrigen Entwürfe trafen daran, daß sie entweder die Abteilungen für Bannen- und Brausebäder ganz in Fortfall kommen lassen oder sie doch ganz erheblich einschränken.

Vorentwurf A sieht 831 000 Ml. Kosten vor, ist also sehr wesentlich billiger. Er soll an Einnahmen 47 000 Mark bringen, denen Ausgaben in Höhe von 67 800 Ml. gegenüberstehen. Defizit also 20 800 Ml. Zuschuß im ersten Betriebsjahre 62 500 Ml. Hierbei sollen die Abteilungen für Bannen- und Brausebäder und das trichromatische Bad wegfallen. Vorentwurf B erfordert 644 000 Ml. Einnahme 38 000 Ml. Ausgabe 58 500 Ml. Zuschuß im ersten Betriebsjahre 40 000 Ml. Also auch hierbei ein Defizit von 15 800 Ml. Dieser Entwurf sieht den Verkauf von Frauenkleidungskabinette und der unter dem Namen Badkabinette von W. o. r. e. z. t. w. r. f. B. I. befaßt die Badkabinette wie B. schließt jedoch die Errichtung eines neuen Wohngebäudes ein. Er ist der billigste mit 564 000 Ml. Anlagekosten. Einnahmen soll er bringen 38 000 Ml. Ausgaben 53 600 Ml. Defizit 15 600 Ml. Zuschuß im ersten Jahre 44 500 Ml. Schließlich sieht der Vorentwurf C den Fortfall von Frauenkleidungskabinette und Wohnhaus vor. Bannbäder sollen gegenüber dem Hauptentwurf nur 28, Brausebäder nur 6 angelegt werden. Das trichromatische Bad 18 statt 23 Kabinette enthalten. Nebenplan 660 000 Mark, Einnahmen 71 100 Ml., Ausgabe 71 200 Ml., Zuschuß 35 000 Ml.

Man mag auch zugucken, daß die Rentabilitätsrechnung beim Hauptentwurf etwas günstig gestimmt ist, weil eben seine Fertigstellung die möglichst vollständige Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Platzes (Grundriss) der alten Stadtparkseite (Steinstraße) antreiben, so ist doch klar ersichtlich, daß ein umfassender Entwurf auch finanziell sehr viel empfehlenswerter ist, als ein minder umfangreicher. Auch hier zeigt es sich zur Evidenz, daß die Maße es bringen, wenn man ohne Bannen- und Brausebäder sind unrentabel. Diese Abteilungen müssen unbedingt einseitig werden, denn noch sind wir selber nicht so weit, daß in den Volksschulen usw. jedes Kind Schwimmen lernt. Möge man die verschiedenen Projekte betrachten, wie man wolle, immer zeigt es sich, daß der zuerst zwar kostspielige Hauptentwurf der beste ist. Wenn die Stadt hier wirklich eine Belastung auf sich nimmt, so geschieht das zu einem Zweck, wie er bringender und wohltätiger nicht gedacht werden kann. Die Stadtvorordneten sollten sich ebenfalls auf diesen einzigen möglichen Standpunkt stellen und dem ersten Entwurf nunmehr sobald als möglich ihre Zustimmung geben.

Nur nicht restriktiv!

Vor kurzem gliederte das hiesige Untervorjahr die zweifelhafte Haltung der Freisinnigen in der Wahlrechtsfrage. Mit Recht machte es sich darüber lustig, daß die unentwegten Kämpfer für die Unterbrechung des Reichstagswahlrechts auf Brechen kleinstmöglichst halten, wenn es sich um eine gerechtere Behandlung des Wahlrechts in den Gemeinden handelt, wo sie die Macht in Händen haben. Aber man weiß ja, daß die edlen Freisinnigen hier nicht nur die beliedenden Handlöhler Zustände aufrecht erhalten, sondern daß sie sofort zu jeder Verflechtung, jeder feigen Mäuererei bereit sind, wenn sie gemahren, daß die Arbeiterklasse anfangt, Fußfaß zu gewinnen. Wir in Halle brauchen ja nicht über das Wahlrecht hinauszufragen, wenn wir denartige Gemeinheitsken lernen wollen. Es ist jedoch notwendig, von Zeit zu Zeit auf die häufige Unterbrechung der Freisinnigen in freisinnigen Lager, hinzuweisen. Denn die ist da, trotz der Fusion zur Fortschrittlichen Volkspartei.

Auch in Lübeck wurde diese Fusion vollzogen. Man konnte dort jedoch bei den Wasserleitern und Wadenkrümpfeln keinen Vorstoß finden für die neue Partei finden, und so erlahmte man denn einen argen Reaktionsdazu, einen gewissen Dr. Gorb, der feinergeit Hauptmader bei der schürffischen Wahlrechtsverflechtung in Lübeck gewesen, nichtsdestoweniger aber „mit“ freisinnig ist. In Lübeck meint man nun neuer-

Nur bis Freitag 15 Stück Eier garantiert frisch, keine Kalk-Eier und zur Probe für 10 Pf. von meiner heute bereits in tausenden und abertausenden Familien als Tafel-Butter eingeführten Tafelkugeln, welche als Margarine verkauft wird, zusammen für 70 Pf. Rabatt. Knäusels Kunst-Speise-Fett zum Aufstrich auf Brot, gewürzt oder ungewürzt, 65 Pf. Albert Knäusel, Leipzigerstr. 72, Jägergasse 2. Knäusels Tafel-Honig-Ersatz, delikater Geschmack, 40 Pf.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blittgen.
Gastspiel Heinrich Prang in
 „Wie er seinen Vater fand“.
 Lachen! Lachen! Lachen!
 Vorher die glänzenden Spezialitäten.

Mansfelder Kreise.
 Sonntag den 10. April finden in folgenden
 Ortschaften
Öffentl. Versammlungen

- statt, und zwar in:
- Giesleben,** Bierhalle, 2 Uhr.
 - Bimmelburg,** Deutscher Kaffee, für die Orte: Bollerode, Bimmelburg, Kreisfeld.
 - Wilsdorf,** Stadt Hamburg, 4 Uhr, für die Orte: Bergisdorf, Wilsdorf, Biegebröde, Feltra.
 - Klostermansfeld,** Deutscher Kaffee, 3 Uhr, für die Orte: Reimsdorf, Mansfeld, Bollerode, Zickigerode.
 - Molmed,** Schmidts Gasthof, 3 Uhr, für die Orte: Bettstedt, Molmed und die beiden Cerner.
 - Selfta,** Zur Linde, für die Orte: Selfta, Unterröhdorf, Hainhofrode.
 - Steden,** Kunzes Geschäft, für die Orte: Erdborn, Steden, Zarnsdorf, Eperffeld.
 - Wamsdorf,** Gahle Geschäft, für die Orte: Wamsdorf, Wansleben, Wamsdorf, Unter- und Oberwüblingen.
 - Muggsdorf u. Umgegend,** nachmittags 3 Uhr.
- Sahlreichem Besuche von Männern und Frauen sieht entgegen
Der Einberufer.

Sozialdem. Verein Deuben.
 Sonntag den 10. April nachmittags 3 Uhr
 im Lokale des Gemeinen **Taubner** in **Wilschütz:**
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht vom 3. Quartal 1909/1910. 2. Stöckmalige Beipredigung der Mitarbeiter. 3. Bericht der Lokalkommission. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein, Wühlitz.
 Sonntag den 10. April, nachm. 3 Uhr.
 im Lokale des Herrn **Gewerbes Schulz**
Mitglieder-Versammlung.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
 Das Erscheinen aller Mitglieder wird gewünscht.
Der Vorstand.

Zeit. Kaninchenzucht- u. Tierschutz-Verein f. Zeitz u. Umg.
 Sonntag den 10. April von nachmittags 4 Uhr an
 im Saale der Steinschänke:
Tanz-Kränzchen.
 Hierzu ladet freundlich ein
Der Vorstand.

Irrigateure
 komplett von **80** Pf. an
 u. Std.
Bett-Unterlagen
 für Kinder von **15** Pf. an
 Erwachsene **70**
Klysterspritzen,
Eisbeutel,
Krankenkissen,
Mullbinden,
Verbandwatte.
Hugo Nehab
 Nachtl.
 27 Große Mischstraße 27,
 86 obere Leipzigerstr. 66.
Auf Firma
 u. **Hausnummer**
 bitte genau zu achten.

Die Neue Zeit.
 Wochenschrift
 der Deutsch. Sozialdemokratie.
 Es sollte niemand vernämen,
 auf **Die Neue Zeit** zu abo-
 nieren.
Vierteljahrs-Abonnement
3,25 M. Einzel-Nummer 25 Pf.
 Bestellungen nehmen entgegen
 alle Ansträger und die
Volks-Buchhandlung,
 Markt 42/43.
Zeits. Zeits.
Hamburger Fischhalle.
 Größtes Fisch-Spezialgeschäft
 am Blanc.
 Große Auswahl in frischen
 See- und Flussfischen zu billigen Tages-
 preisen. f. Hauswaren, tägl.
 3-4 mal frisch, direkt aus der
 Handweil eintreffend.
 Beste Besonderelel. Sandler.
Albrecht Köttnitz,
Zeitz, Brühl
 empfiehlt sein groß. Lager all. Arten
Herren- u. Knaben-Garderoben
 zu beidenorten Preisen.

Bei allen Einkäufen geben wir
Rabattmarken
 des Rabattsparvereins
 (Einlösungsstelle: Bankhaus H. F. Lehmann).
 Hervorragend billige Angebote in
Bedarfsartikeln für die neue Wohnung.
 Kleinmöbel, Bilder, Spiegel, Handfuchshalter, Paneele,
 Haushaltwaren aus Glas, Porzellan, Emalle,
 Belen, Handfeger, Scheuerfächer, Kleiderbürsten, Scheuerbürsten.
C.F. Ritter Halle a.S.,
 Leipzigerstr. 90.

Prämien-Verteilung
 des
Rabatt-Sparvereins, E. V., Halle a. S.
 Infolge der überaus grossen Beteiligung sehen wir uns
 veranlasst, nur noch bis inkl.
15. April cr.
 Prämienscheine auf die zur Einlösung kommenden Rabatt-
 sparbücher auszugeben.
 Die Prämien-Verteilung findet spätestens Ende dieses
 Monats statt.
Der Vorstand.
 Die Einlösung der Bücher erfolgt in der Geschäftsstelle:
 Bankhaus H. F. Lehmann.

Apollo-Theater
 Direction: Gustav Poller.
 Das Tagesgespräch ist
Donnerwetter
tadellos!
 Keine des Berliner
 „Metropol“-Theaters“
 in 8 Bildern v. Jul. Freund.
 Winkt von Paul Linde.
 Von der gesamten Presse
 großer Erfolg
 konstatirt!
3 grosse Ballets
 Venusballet,
 Zauberballet,
 Luftschiff-Larve,
 ausgeführt v. 25 Tänzern
 mit Leit. d. Balletmeisters
 Giovanni Gerutti.

Stadt-Theater
 in Halle a. S.
 Direction: Hofrat M. Richards.
 Donnerstag den 7. April 1910:
 Sonder-Vorstellung
 bei vollständig aufgehobenem
 Abonnement.
 Opern-Beichte. Epern-Beichte.
Karl Schiberg,
 20-jähriges Bühnen-Jubiläum
 von Karl Schiberg.
Gastspiel Missi Binder.
Die Fledermaus.
 Operette in 3 Akten
 von Johann Strauß.
 Staffelnöffn. 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Ende 11 Uhr.
 Freitag den 8. April 1910:
 199. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.
Ein Maskenball.
 (Un ballo in maschera).
 Große Oper in 5 Akten
 von Giuseppe Verdi.

An- und Verkäufe
Reisefürbe.
 Beste Ausführung, reine weiße
 Weiden, von
 Nr. 14.50, 12.50, 11.75, 9.75, 7.75
 bis Wk. **2⁹⁵**
M. Bär, Große Reich-
 strasse 54.

Möbel-Fabrik
 der
Vereinig. Tischlermeister,
 Kl. Steinstrasse 6,
 empfiehlt ihre Fabrikate zu
 festen und soliden Preisen.

SANELLA
Palme und Mandel
 Liefern die hauptsächlichsten Bestandteile der einzig dastehenden Pflanzen-Margarine **Sanella**, die
 aus feinstem Pflanzenfett unter dem Schutze des D. R. P. Nr. 100922 mit feiner Mandelmilch her-
 gestellt wird; daher besitzt Sanella das feine Aroma sowie den milden, nussartigen Wohlgeschmack,
 wie überhaupt alle Eigenschaften und Vorzüge feiner Naturbutter. Die Verwendung von feiner
 Mandelmilch ist unser ausschliessliches Recht, weshalb andere Pflanzenmargarine-Produkte mit
 Sanella nicht verglichen werden können. — In den einschlägigen Geschäften erhältlich.
 Allein hergestellt von: **Sana-Gesellschaft m. b. H., Cleve.**

Für die Inserate verantwortlich: Hob. Sigmeyer. — Druck der Halle'sch. Genossensch. Buchdruck. (G. O. n. b. S.). — Verleger: Hermann Aug. Groh, jetzt A. Sähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.